



New York, 24. September 2019 – Offizielle Rede von Bundespräsident Ueli Maurer vor der UNO-Generalversammlung

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident der Generalversammlung,
Sehr geehrter Herr Generalsekretär der Vereinten Nationen,
Sehr geehrte Staats- und Regierungspräsidentinnen und -präsidenten,
Exzellenzen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Unsere Welt verändert sich rasch. Werte, an denen wir uns während Jahrzenten orientierten, werden in Frage gestellt. Das alles löst Ängste aus. Was gilt noch, wenn sich alles ändert? Dürfen wir noch Vertrauen haben in die Politik, die Wirtschaft in internationale Organisationen? Das sind Fragen, auf die wir im Rahmen unserer Generalversammlung Antworten finden müssen.

Beginnen wir bei unseren Werten: Es gibt die UNO-Charta als Wertekompass. Die Charta bekräftigt in ihrer Präambel die Grundrechte der Menschen und ihre Gleichberechtigung. Auch für Staaten gilt, dass alle gleichberechtigt sind. Beziehungen unter Staaten sollen auf gemeinsamen Normen und Regeln gründen. Erlauben Sie mir, als Vertreter eines Kleinstaates etwas näher auf diese Frage einzugehen. Wir stellen fest, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung oft missachtet wird. Uns und vielen anderen kleineren Staaten macht diese Entwicklung Sorge. Zu oft entsteht der Eindruck, dass die Macht der Grossen vor dem Recht der Kleinen kommt. Verstehen Sie mich recht: Ich will mich nicht beklagen. Es geht lediglich darum, auf eine Realität aufmerksam zu machen, die uns alle etwas angeht. Für das Funktionieren der Staatengemeinschaft ist die Einhaltung dieser Grundsätze absolut zentral. Was zählt, sind Taten, nicht Worte. Reden wir nicht nur davon – tun wir es. Kleinere Staat haben nur das Recht auf ihrer Seite. Die internationale Gemeinschaft hat die Pflicht, dieses Recht zu schützen. Das liegt in ihrem ureigensten Interesse.

Kommen wir zu den Grundrechten der Menschen. Ein wichtiger Wertekompass sind die Genfer Konventionen, die in diesem Jahr 70 Jahre alt werden. Genf und damit die Schweiz ist Depositärstaat der Konventionen. Das humanitäre Engagement steht im Zentrum unserer Aussenpolitik. So sehr wir uns um die Respektierung des humanitären Völkerrechtes bemühen, die Liste der Verstösse gegen dieses Recht ist lang – zu lang. Es liegt an uns allen, diesen Werten überall zum Durchbruch zu verhelfen. Es gibt für uns keine wichtigere und vornehmere Aufgabe. Packen wir sie an!

Wenden wir uns nun den brennenden Fragen der Zukunft zu. Den Hunger bekämpfen, für Trinkwasser und Energie sorgen, allen Zugang zur Bildung ermöglichen, den Klimawandel bekämpfen, bewaffnete Konflikte beenden und vieles mehr sind die grössten Herausforderungen der Zukunft. Hoffnung und Hoffnungslosigkeit wechseln sich ab. In der Vergangenheit haben wir oft Erfolg gehabt, wenn wir die neuste Technologie für das Gemeinwohl nutzen konnten. Der Fortschritt unserer Zivilisation hängt weitgehend von diesen Innovationen und ihrer gemeinsamen Nutzung durch alle ab.

Investitionen in Forschung und Entwicklung, in die Bildung generell, schaffen die Voraussetzungen für eine Welt, die bessere Chancen für alle bietet. Wenn es uns gelingen soll, die Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung für alle sicherzustellen, wenn wir den Klimawandel wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir keine Lippenbekenntnisse, sondern technische Neuerungen. Dafür müssen wir in die Bildung und Forschung investieren. Für den Wissenstransfer darf es keine Grenzen geben. Technischer Fortschritt soll nicht bekämpft, sondern gefördert werden. Die Weiterentwicklung digitaler Technologien kann in kurzer Zeit erhebliche Verbesserungen mit sich bringen.

Digitalisierung vereinfacht Prozesse und kann Transparenz herstellen. Sie wird unsere Welt, unser Zusammenleben und unsere Arbeitswelt verändern. Die Digitalisierung kann uns helfen, die nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Die internationale Gemeinschaft hat sich auf diesem Gebiet mit der Agenda 2030 ambitionierte Ziele gesetzt. Neue Technologien und Innovationen geben uns Instrumente zu deren Umsetzung in die Hand.

Wie Sie wissen, gehört die Schweiz zu den weltweit führenden Finanzplätzen. Wir setzen uns für einen integren und fairen Finanzplatz ein. Der Finanzsektor kann im Bereich nachhaltiges Investment Trends setzen und richtungsweisend vorgehen. Zusammen mit einem massvollen Einsatz insbesondere neuer digitaler Technologien können so Innovationen entstehen, die zu attraktiven nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen führen. Auch hier gilt es, dem Neuen gegenüber offen zu sein und den Mut zu haben, an eine bessere Zukunft zu glauben.

Natürlich birgt die Digitalisierung auch Gefahren. Missbrauch und Cyberattacken gehören bereits zum Alltag. Der Schutz der Privatsphäre ist ebenfalls ein Grundrecht. Die Nutzung der Daten braucht deshalb klare Rahmenbedingungen. Hier ist die Politik gefordert.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Stiftung „Swiss Digital Initiative“, die wir vor drei Wochen in Genf gegründet haben. Anwesend waren die weltweit grössten Anbieter von Soft- und Hardware, einige Schwergewichte der Industrie, aber auch die UNO, das IKRK, Facebook und Google. Worum geht es? Wir wollen, dass sich die moderne digitale Gesellschaft zu gemeinsamen ethischen Grundwerten bekennt, diese einhält und umsetzt. Neue Technologien müssen Vertrauen schaffen und sich unser Vertrauen verdienen. Sie alle im Saal können sich an dieser Initiative beteiligen. Sie ist ein Bekenntnis für den Fortschritt, aber gleichzeitig auch ein Bekenntnis für hohe ethische Wertvorstellungen.

Wie Sie sehen, setzt die Schweiz auf die Digitalisierung und sieht diese als Chance in allen Bereichen an. Die Rahmenbedingungen müssen klar sein und mit unseren gemeinsamen Grundwerten übereinstimmen. Wir sind gerne bereit, mit allen hier anwesenden Staaten unsere Erfahrungen auszutauschen und zusammen zu arbeiten.

Nun zu uns selbst, d.h. zur UNO. Wir wollen eine starke UNO, weil sie die einzige weltweite Plattform ist, um uns miteinander auszutauschen und die anstehenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Die Institution UNO ist jedoch reformbedürftig. Die Schwachpunkte sind bekannt. Wir unterstützen den Generalsekretär auf seinem Weg zu einer effizienten, effektiven und auf die Kernthemen fokussierten Organisation. Die UNO lebt vom Vertrauen, das ihr entgegengebracht wird. Dieses Vertrauen ist unser Kapital.

Die Schweiz ist bereit ihren Beitrag zu leisten und sich für das gute Funktionieren der UNO einzusetzen. Genf ist seit Jahrzehnten eines der wichtigsten humanitären Zentren der Welt, es ist der Sitz der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und Heimat von über 400 Nicht-Regierungs-Organisationen. Und neu ist Genf auch Sitz einer weltweiten Initiative, die sich mit ethischen Fragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung auseinandersetzt.

Die Welt ist im Wandel, das löst Ängste und Unsicherheit aus. Glücklicherweise haben wir Werte, die uns als Kompass dienen. Wir fordern, dass für alle Menschen und Staaten gleiche Rechte und das Recht auf Gleichbehandlung durchgesetzt werden. Recht muss vor der Macht

kommen, das ist unsere Devise. Zudem verfügen wir dank den neuen Technologien über den Schlüssel, der uns helfen wird, die zukünftigen Herausforderungen besser zu meistern.

Wir möchten auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zu diesen grossen Zukunftsfragen leisten. Ich versichere Ihnen: Die Schweiz und Genf stehen bereit!